

27. IV. 1917

(Wiener Kreditorenberein) Aus Wien wird uns berichtet: Gestern fand die ordentliche Generalversammlung des Kreditorenbereins zum Schutze der Fortzügungen der Insolvenzen in Wien unter dem Vorsitz seines Präsidenten Felix Pollak vom Parneck statt. Der vom Direktor Dr. Hermann Oppenheim unterbreitete Jahresbericht, der ein ausführliches Bild der weit ausgreifenden Tätigkeit dieser Gläubigerorganisation gibt, hebt hervor, daß im Jahre 1916 1948 Insolvenzfälle mit 13.64 Millionen Kronen Beteiligung der Mitglieder in Behandlung geputzt wurden sind. Es ist ein bedeutsamer Rückgang an Insolvenzen in jenen Ländern zu verzeichnen, wo die Stundung schon vor 1916 aufgehoben wurde, und ein bedeutsames Aufschwelen der Insolvenzen in Galizien, die aber noch lange nicht den Höchststand des Jahres 1918 erreicht haben. Geschäftsaufsichten, an denen die Mitglieder interessiert erfreuen, sind bloß 79 gegen 377 im Jahre 1915 zugewachsen. Es ist dem Verein gelungen, in nicht weniger als 824 Fällen die Aushebung ungerechtfertigter Geschäftsaufsichten durchzusetzen. Im Berichtsjahr sind 65 Konkursfälle mit k 809.000 Beteiligung vorgekommen, welche bedeutende Verminderung auf den gerichtlichen Ausgleich außerhalb des Konkurses zurückgeführt wird. Im gerichtlichen Ausgleichsverfahren sind 327 Fälle mit 4.11 Millionen Kronen Beteiligung zugewachsen. Im Jahre 1916 wurden 754 Insolvenzfälle mit einer Beteiligung von 11.77 Millionen Kronen erledigt, davon wurden 308 Fälle mit 4.3 Millionen Kronen durch außergerichtlichen Ausgleich mit einer Durchschnittsquote von 51.44 Prozent erledigt, was eine Erhöhung der Durchschnittsquote gegen 1915 um mehr als zwei Prozent bedeutet. Durch gerichtlichen Ausgleich wurden in Österreich 126 Fälle mit einer Beteiligung von 2.83 Millionen Kronen und einer Durchschnittsquote von über 86 Prozent, die in Böhmen, Mähren und Schlesien auf 42 Prozent stieg, erledigt. In Ungarn sind 128 Fälle mit 1.8 Millionen Kronen im gerichtlichen Ausgleichsjahre erledigt worden und die Durchschnittsquote betrug 38 Prozent, während sie im außergerichtlichen Ausgleich 48 Prozent betrug. Von den abhängigen Konkursen wurden rund hundert Fälle ausgetragen. In Galizien sind in den Gerichtshofsprengeln Krakau, Neu-Sandec und Radomice 927 Stundungsabbaufälle mit einer Beteiligung von 6.78 Millionen Kronen neu abhängig geworden, im übrigen Teile Galiziens mit Ausnahme des engeren Kriegsgebietes 845 Fälle mit 11.17 Millionen Kronen. Zum Abbau nach der Moratoriumsverordnung gelangten hieron in Westgalizien 370 Fälle mit einer Beteiligung von 4.82 Millionen Kronen. Im übrigen Teile Galiziens 59 Fälle mit 1.13 Millionen Kronen. Hierauf wurden im Jahre 1916 3.1 Millionen Kronen insgesamt unmittelbar durch den Verein und ein Vielfach mittelbar den Beteiligten bezahlt. In 178 Fällen wurde gerichtlich um Aufhebung der gesetzlichen Stundung eingefordert. Nach Genehmigung der Berichte und des Rechnungsabschlusses wurde eine Änderung der Statuten vorgenommen. Mit diesen Statutenänderungen ändert der Verein seinen Namen in „Kreditorenberein, Schutzmehrheit für Handel und Industrie“ um.